

# WOHNUNGSSICHERUNG IM LÄNDLICHEN RAUM | Erkenntnisse aus dem Modell- projekt einer Fachstelle zur Prävention von Wohnungs- verlusten

*Süleyman Gögercin; Stefan Heinz*

**Zusammenfassung** | Die Brisanz der Problematik von Wohnungsverlusten im ländlichen Raum findet in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. In Baden-Württemberg wurde ein Modellprojekt zur Einführung einer Fachstelle Wohnungssicherung im ländlichen Raum mit dem Schwerpunkt der Hilfen für Familien durchgeführt und wissenschaftlich evaluiert. In dem vorliegenden Beitrag werden nach einer kurzen Vorstellung dieses dreijährigen Modellprojekts dessen wesentliche Resultate vorgestellt und es wird aufgezeigt, dass Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und zur Unterstützung von Menschen in Wohnungsnot einen wertvollen Beitrag leisten können.

**Abstract** | The explosiveness of the problem of homelessness in rural areas is hardly noticed by the public. In Baden-Württemberg, a model project for the introduction of a specialist agency for securing of home in rural areas was carried out with the focus on aid for families. The project was scientifically evaluated. In this article, after a short presentation of this three-year model project, its main results are presented. It proofs that specialist agencies can make a valuable contribution to the prevention of homelessness and the support of people in housing distress.

**Schlüsselwörter** ► Wohnungslosigkeit

► Landbevölkerung ► Baden-Württemberg

► Prävention ► empirische Untersuchung

**Einleitung** | Das Thema Prävention von Wohnungsverlusten gewinnt derzeit bundesweit eine immense Bedeutung. Dabei liegt der Fokus der Wohnungsnot zumeist auf städtischen Ballungsräumen, während die Brisanz dieser Problematik in manchem ländlichen Raum in der Öffentlichkeit kaum Beachtung findet. Eine Studie des Sozialministeriums Baden-

- Rotter**, Julian B.: Generalized expectancies for internal versus external control of reinforcement. In: Psychological Monographs 1/1966, pp. 1-28
- Sander**, Klaus: Personenzentrierte Beratung. Ein Arbeitsbuch für Ausbildung und Praxis. Weinheim 1999
- Schachameier**, Armin: Soziale Arbeit und Spiritualität. In: Soziale Arbeit 5/2011, S. 183-189
- Scherr**, Albert: Soziale Probleme, Soziale Arbeit und menschliche Würde. In: Sozial Extra 6/2002, S. 35-40
- Schulz von Thun**, Friedemann: Miteinander reden. Band 3: Das „Innere Team“ und situationsgerechte Kommunikation. Reinbek 2013
- Seithe**, Mechthild: Engaging. Möglichkeiten klientenzentrierter Beratung in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden 2008
- Sommerfeld**, Peter; Dällenbach, Regula; Rüegger, Cornelia; Hollenstein, Lea: Klinische Soziale Arbeit und Psychiatrie – Entwicklungslinien einer handlungstheoretischen Wissensbasis. Wiesbaden 2016
- Staub-Bernasconi**, Silvia: Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Triplemandat – Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit. In: Zeitschrift für Sozialarbeit in Österreich 2/2007, S. 8-17
- Steinhart**, Ingmar; Speck, Andreas: Der Capabilities Approach und die Sozialpsychiatrie – Optionen für die Analyse von Teilhabechancen und -barrieren. In: Sozialpsychiatrische Informationen 4/2016, S. 4-8
- Stimmer**, Franz: Grundlagen des methodischen Handelns in der Sozialen Arbeit. Stuttgart 2006
- Walach**, Harald; Kohls, Niko; Belschner, Wilfried: Transpersonale Psychologie – Psychologie des Bewusstseins: Chancen und Probleme. In: Psychotherapie, Psychosomatik, medizinische Psychologie 9-10/2005, S. 405-415 ([https://www.europa-uni.de/de/forschung/institut/institut\\_intrag/texte/transp\\_psych\\_walach\\_kohls\\_belschner2006.pdf](https://www.europa-uni.de/de/forschung/institut/institut_intrag/texte/transp_psych_walach_kohls_belschner2006.pdf); abgerufen am 30.5.2017)
- Wasner**, Maria: Spiritualität und Soziale Arbeit. In: Frick; Eckhard; Roser, Traugott (Hrsg.): Spiritualität und Medizin. Gemeinsame Sorge für den Menschen. Stuttgart 2009
- Weber**, Joachim: Spiritualität und Soziale Arbeit. Münster 2005
- Ziegler**, Holger; Schrödter, Mark; Oelkers, Nina: Capabilities und Grundgüter als Fundament einer sozialpädagogischen Gerechtigkeitsperspektive. In: Thole, Werner (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden 2012

417

Württemberg – durchgeführt von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. Bremen (GISS 2015) – macht die Dringlichkeit des Themas Wohnungslosigkeit besonders deutlich: Demnach nimmt das Land bundesweit einen Spitzenplatz in der Zahl der Wohnungslosen in Deutschland ein. Am 1.10.2014 wurden stichtagsbezogen knapp 23 000 Personen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und in kommunalen Obdachlosenunterkünften gezählt. Dabei lag der Anteil der kommunal untergebrachten Wohnungslosen bei 63 Prozent. Hochgerechnet auf das Jahr geht die GISS von etwa 30 000 Wohnungslosen in Baden-Württemberg aus. Eine der wesentlichen Forderungen der GISS lautet daher, den Ausbau der Präventionsfachstellen flächendeckend voranzubringen. Diese muss durch die Erkenntnis untermauert werden, dass Wohnungsverluste oft einhergehen mit dem Verlust von günstigem Wohnraum, zum Beispiel infolge von kostenintensiven Sanierungen oder Neubau. Betroffen sind nicht nur Großstädte, sondern auch einzelne Regionen mit flächenmäßig hohem Anteil von ländlichem Raum.

Der Landkreis Lörrach gehört in Baden-Württemberg mit 2,375 wohnungslosen Personen je 1000 Einwohner zu den am stärksten betroffenen Regionen. Hier spielt die grenznähe Lage in direkter Nachbarschaft zu Basel und der Schweiz eine zentrale Rolle. In dieser Region wurde eine Fachstelle Wohnungssicherung im ländlichen Raum mit dem Schwerpunkt der Hilfen für Familien im Rahmen eines Modellprojekts eingeführt und anschließend wissenschaftlich evaluiert.

**Das Modellprojekt** | Das Modellprojekt weist hinsichtlich des familienpolitischen Schwerpunktes ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Fachstellen zur Wohnraumprävention im ländlichen Raum in Deutschland auf, da bislang kaum Kenntnisse über die Anzahl und Zusammensetzung von Wohnungslosigkeit bedrohter Familien im ländlichen Raum und über die Art und den Umfang präventiver Hilfen bestehen. So bilden diese Situation sowie die steigenden Zahlen von Zwangsräumungen und eine zunehmende Zahl von Personen, die die Angebote des Modellprojekts im Landkreis Lörrach erreicht haben, den Hintergrund dieses Projekts.

Das Modellprojekt wurde im Zeitraum von 2014 bis 2016 durchgeführt. Projektträger war der Diözesan-caritasverband Freiburg in Gliederung des Deutschen

Caritasverbandes. Ausgeführt wurde das Projekt von der AGJ Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach und von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen wissenschaftlich evaluiert. Sozialräumlich wurde mit dem Modellprojekt der gesamte Landkreis Lörrach betreut, der sich im äußersten Südwesten des Bundeslandes Baden-Württemberg befindet und in dem zirka 225 000 Menschen in 35 Gemeinden leben. Ausgenommen hiervon waren die Städte Lörrach (rund 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Weil am Rhein (etwa 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner), da in diesen beiden Städten bereits kommunal finanzierte Fachstellenprojekte existieren. Seit dem 1.1.2017 wird das Projekt vom Landkreis Lörrach für weitere drei Jahre finanziert.

Ziel des Modellprojekts war es, durch Präventionsmaßnahmen und durch bedarfsgerechte Hilfen sowie Strukturen in den Kommunen Wohnungsverluste und Obdachlosigkeit mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen im Vorfeld zu vermeiden, bestehende Wohnverhältnisse zu sichern oder, wenn dies nicht mehr möglich war, Menschen in Wohnungsnotfällen bei der Suche nach Ersatzwohnraum zu unterstützen und deren Handlungsfähigkeit zu stärken. Eine weitere Zielsetzung des Projekts war die Schaffung von Netzwerkstrukturen, die für die Verhinderung von Wohnungslosigkeit mitentscheidend sind.

**Zur Datenerfassung und Evaluation** | Das Modellprojekt wurde vom Mitautor dieses Beitrags wissenschaftlich begleitet. Die erforderlichen Daten wurden regelmäßig von der Projektmitarbeiterin quantitativ erhoben. Auch wenn die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer im Rahmen einer qualitativen Erhebung durchaus wesentlich intensiver hätte erfasst werden können, war sie aufgrund begrenzter Personalressourcen, aber auch aufgrund des Umstandes, dass ein Großteil der Beratungen in Form von Kurzkontakten unter erheblichem Zeitdruck (Fristen im Rahmen der Räumungsklagen oder anstehender Zwangsräumungen) erfolgte, nicht realisierbar.

Die Sozialstruktur der Hilfesuchenden (von Wohnungsverlust bedrohte Familien beziehungsweise Mehrpersonenhaushalte) betreffend wurden deren Haushaltsstruktur, Unterkunfts- und finanzielle Situation am Anfang und bei der Beendigung der Hilfen sowie deren Altersverteilung und Herkunft (Migra-

tionshintergrund) erfasst. Erhoben wurden zudem der Zugang der Zielgruppe zur Fachstelle sowie die Aktivitäten und Lösungsansätze der Fachstelle für Wohnungssicherung wie Häufigkeit der Kontakte, Beratungsmethoden, Änderungen an der Gesamtsituation der Einzelpersonen und Familien sowie Entwicklung der Netzwerkstruktur für den Bereich der Prävention von Wohnungsverlusten.

Die erhobenen Daten wurden hinsichtlich folgender Aspekte ausgewertet: Erreichung der Zielgruppe der von Wohnungsverlust bedrohten Familien beziehungsweise Mehrpersonenhaushalte, Unterkunftssituation der Familien, Betreuungskontinuität, Beratungsmethoden im Kontext der Prävention von Wohnungsnotfällen, Verbesserung der Gesamtsituation erreichter Personen und Familien, Verbesserung der Netzwerkstruktur zur Prävention von Wohnungsverlusten sowie die Frage, ob und wenn ja wie die Obdachlosigkeit im ländlichen Raum verhindert beziehungsweise beseitigt werden kann. Bevor im Folgenden die Ergebnisse der Analysen der erhobenen Daten exemplarisch vorgestellt und diskutiert werden, erfolgt eine kurze Beschreibung der Fachstellenarbeit.

**Fachstellenarbeit** | Die Fachstelle zur Wohnungssicherung ist in der Stadt Lörrach angesiedelt. Die Fachstellenarbeit wird von einer Fachkraft mit langjähriger Erfahrung in der Wohnungslosenhilfe geleistet, die bei ihrer Arbeit von der Leitung der Dienststelle unterstützt wird. Die fallbezogene Fachstellenarbeit lässt sich wie folgt skizzieren: Nach einer Mitteilung des Amtsgerichts an die Fachstelle<sup>1</sup> über eine Räumungsklage wird den betroffenen Mieterinnen und Mietern von der Fachstelle umgehend ein Beratungsangebot in Form einer Einladung zum Gesprächstermin unterbreitet. Erfolgt keine Reaktion auf die schriftliche Einladung, wird ein zweites Anschreiben verschickt. Gibt es weiterhin keine Reaktion, wird mehrfach versucht, telefonisch mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen. Aufgrund der personellen Ausstattung und der erheblichen räumlichen Distanzen im Landkreis Lörrach können nur in Einzelfällen aufsuchende Beratungen stattfinden.

1 Die Fachstelle erhält neben den Informationen der örtlich für die Kosten der Unterkunft zuständigen Träger von den drei Amtsgerichten im Landkreis Lörrach die sogenannten „MiZis“ (Mitteilungen im Zivilrechtsverfahren) bei Räumungsklagen wegen Mietschulden.

Kommt der Kontakt zustande, wird mit den Betroffenen die Möglichkeit des Wohnungserhalts geklärt. Die Unterstützungsleistungen der fallbezogenen Fachstellenarbeit können ab diesem Zeitpunkt sehr umfassend sein: Die Fachstellenmitarbeiterin prüft, ob die Betroffenen für die infrage kommenden Transferleistungen und weitere Ansprüche bezugsberechtigt sind, und unterstützt sie bei deren Beantragung. Darüber hinaus informiert sie über Hilfsmöglichkeiten und deren Voraussetzungen, gibt Hilfestellung bei der Einkommenssicherung und in finanziellen Angelegenheiten, erteilt Budgetberatungen, unterstützt beim Umgang mit Ämtern und Institutionen, bei Verhandlungen beziehungsweise Vereinbarungen mit Vermietern und Energieunternehmen sowie in juristischen und Verfahrensfragen.

Die Fachstellenmitarbeiterin berät und unterstützt die Betroffenen darüber hinaus in persönlichen Angelegenheiten und in sonstigen im Zusammenhang mit der Wohnungsnotfallproblematik relevanten Fragen. Sie betreibt Krisenintervention (gegebenenfalls in Kooperation mit anderen Hilfeanbietenden wie Schuldnerberatung, Psychiatrie etc.) und vermittelt an andere Stellen zur Nachbetreuung und Nachhaltigkeit. Wo es notwendig ist, in der Regel bei psychosozialen Problemen, berät und motiviert die Fachstelle die Betroffenen zur Annahme von ergänzenden und gegebenenfalls auch weiterführenden Hilfen anderer Institutionen wie des Jobcenters, des Jugendamts oder sonstiger Fachdienste im Landkreis. Diese Kooperationspartner tragen ihrerseits erheblich zu einer Lösung der Fälle bei und unterstützen im Idealfall auch durch finanzielle Leistungen zum Beispiel in Form von Miet- und Energieschuldenübernahmen. Auch deshalb sind Kooperationspartner bei der direkten Fallbearbeitung von besonderer Bedeutung.

Eine besondere Herausforderung in der Arbeit der Fachstelle ist die Erreichbarkeit der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen. Da der drohende Wohnungsverlust vielfach am Ende einer Kette von wirtschaftlichen und sozialen Problemen steht, bleiben den Menschen häufig nur noch Resignation und Hilflosigkeit. Sehr wichtig für die Arbeit der Fachstelle ist es daher, dass sie Informationen über bereits eingereichte Räumungsklagen und Zwangsräumungen vom Amtsgericht oder der Kommune erhalten kann. Nur so kann es gelingen, die betroffenen Personen durch qualifiziertes Fachpersonal zu erreichen und

entsprechende finanzielle oder andere Hilfen anzubieten. Parallel dazu wurde im Projektzeitraum die Website der Fachstelle überarbeitet. Sie eröffnet neben der Bereitstellung von Kontaktdaten direkte Kontaktmöglichkeiten. Zudem wird auf der Website das Räumungsverfahren in vereinfachter Form erläutert und auf mögliche Hilfen und Interventionschritte aufmerksam gemacht.<sup>2</sup> Diese fallbezogene Wohnungssicherungsarbeit erfordert Vernetzung, da in der Durchführung der Hilfen in Wohnungsnotfällen und der Prävention von Wohnungslosigkeit zahlreiche Akteure beteiligt sind.

**Ein Fallbeispiel |** Frau M., alleinerziehende Mutter von drei Kindern zwischen elf und 15 Jahren, erhielt eine Räumungsklage und meldete sich auf ein Anschreiben bei der Fachstelle. Das Familieneinkommen setzte sich aus dem Kindesunterhalt, Kindergeld und einem kleinen Gehalt zusammen. Einen Weiterbewilligungsantrag auf ergänzende Leistungen beim Jobcenter hatte Frau M. nicht gestellt, weil sie annahm, dass ihr aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit keine Leistungen zustanden. Die Fachstelle riet Frau M., unbedingt einen Weiterbewilligungsantrag zu stellen, und vermittelte sie an die Caritasberatungsstelle, die ihr bei der Beantragung und der Zusammenstellung der angeforderten Unterlagen behilflich war. Gleichzeitig wurde mit ihr die Möglichkeit der Unterstützung durch das Jugendamt besprochen und es wurde der Kontakt zu Hilfeeinrichtungen für Kinder und Jugendliche hergestellt. Vom Jobcenter wurden ergänzende laufende Leistungen sowie ein Darlehen zur Übernahme der Mietschulden bewilligt, so dass Frau M. mit ihren Kindern in der Wohnung bleiben und die Klage zurückgenommen werden konnte.

**Ergebnisse und Diskussion |** Insgesamt wurde die Fachstelle im Projektzeitraum in 407 Fällen tätig. In dieser Zeit ist die Zahl der erreichten Haushalte von 115 (2014) auf 157 (2016) um 36,5 Prozent gestiegen. 95,7 Prozent der Haushalte waren unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht, während 3,3 Prozent in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebten. Lediglich ein Prozent der im Berichtszeitraum erfassten Haushalte war aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen. Die Haushalte kamen aus 23 von 35 Kommunen im Landkreis Lörrach und waren im Mittelwert zu etwa 63 Prozent mit einer Räumungsklage konfrontiert, bevor es zum ersten Kontakt mit der Fachstelle kam.

Knapp 57 Prozent aller Fälle, in denen die Fachstelle im Gesamtzeitraum tätig wurde, betraf Familien (hier: Paare und alleinstehende Personen mit Kindern im eigenen Haushalt). So kann festgehalten werden, dass die Zielgruppe von der Fachstelle erreicht wurde und dass Familien in besonderer Weise von Wohnungsnot betroffen waren.<sup>3</sup> Die übrigen Haushalte waren alleinstehende Männer (21 Prozent), alleinstehende Frauen (13 Prozent) und Paare ohne Kinder (neun Prozent).

Bei den von der Fachstelle erreichten Haushalten war der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit 43 Prozent etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Immer wieder musste die Fachstelle feststellen, dass Sprachbarrieren und kulturelle Spezifika wie beispielsweise die Scham, Hilfe annehmen zu müssen, eine frühzeitige, auch behördliche Unterstützung verhinderten.

Hinsichtlich des Zugangs zu den von Wohnungslosigkeit Bedrohten zeigte sich, dass sich Vernetzung, klare Absprachen und eine gute Öffentlichkeitsarbeit lohnten: Die Fachstelle wurde in rund 47 Prozent aller Fälle in Delegation des Landkreises von den Amtsgerichten direkt informiert, knapp ein Fünftel wurde durch andere Institutionen vermittelt, während ein weiterer Anteil von etwa einem Drittel aller Haushalte eigeninitiativ zur Fachstelle kam. Bei den Vermietern überwogen die privaten Vermieter, öffentliche Wohnungsgeber nahmen mit rund 12 Prozent eine untergeordnete Rolle ein. Im Projektzeitraum stieg die Zahl der Kündigungen wegen Eigenbedarfs von 3,3 Prozent (2014) auf 9,1 Prozent (2016).

Bei 78 Prozent der Betroffenen führten Mietschulden zur drohenden Wohnungslosigkeit. Dahinter standen wiederum vielfältige Probleme wie Erwerbslosigkeit, Beschäftigung im Niedriglohnbereich, Überschuldung, psychische Probleme, Krankheit und Behinderung. Bei etwa 40 Prozent wurde die Fachstelle von Menschen kontaktiert, die das 50. Lebensjahr bereits überschritten hatten (Alter der Haushaltsvorstände). Mit dem Eintritt ins Rentenalter und den damit verbundenen finanziellen Einschnitten stellte sich oftmals die Frage, wovon die Miete bezahlt werden kann.

<sup>3</sup> Von anderen Studien zur Prävention von Wohnungslosigkeit ist bekannt, dass es sich bei den betroffenen Haushalten zu drei Fünfteln um kinderlose Einzelpersonen handelt (Busch-Geertsema u.a. 2015, S. 66, sowie 2014, S. 51).

<sup>2</sup> <http://www.fachstelle-wohnungssicherung.de/>

Die Unterstützung der Betroffenen durch die Fachstelle bestand neben einer Einmalberatung aus Vermittlung und intensiveren Begleitungen, so dass eine Betreuungskontinuität hergestellt beziehungsweise erhalten werden konnte. Neben den persönlichen Kontakten spielten Netzwerkkontakte eine besondere Rolle.

Betrachtet man die abgeschlossenen Beratungsfälle (75 Prozent), hat sich deren Gesamtsituation bei 68 Prozent stabilisiert und verbessert, indem entweder die Wohnung gesichert (bei knapp 43,8 Prozent der Haushalte) oder eine alternative Wohnung gefunden wurde (bei weiteren 24,2 Prozent). Die Fachstellenarbeit kann insofern als nachhaltig betrachtet werden, da es für die Jahre 2014 bis 2016 im Durchschnitt bei etwa 93 Prozent zu einer Erstintervention kam und nur etwa sieben Prozent der Haushalte erneut beraten wurden.

Neben der fallspezifischen Hilfe konnte im Rahmen des Modellprojekts die Netzwerkstruktur für den Bereich der Prävention von Wohnungsverlusten im Landkreis Lörrach erheblich verbessert werden. Netzwerkkontakte fanden mit dem Landkreis, einzelnen Kommunen, dem Jobcenter, dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und einer Vielzahl von Beratungsdiensten in freier Trägerschaft statt.

Hinsichtlich der bundesweiten Übertragbarkeit ist zu vermuten, dass neben der Errichtung einer Website die Parameter der Vernetzung im Sozialraum und die Informationsweitergabe durch die drei Amtsgerichte im Amtsgerichtsbezirk Lörrach maßgeblich zum Erfolg des Projektes beigetragen haben. Da die Fachstelle aufgrund der räumlichen Distanzen und ihrer personellen Ausstattung nur in Einzelfällen aufsuchend tätig werden konnte, ist die Vernetzung mit Kooperationspartnern im sozialen Bereich in der Region als wichtige Herausforderung zu betrachten. Diese Netzwerkpartner, wie zum Beispiel lokale Außenstellen von Caritas und Diakonie, Kommunen oder bestehende Quartierstreffpunkte, können bei der Herstellung von Kontakten behilflich sein oder von der Fachstelle entsprechend instruiert werden, sofern die datenschutzrechtlich relevante Zustimmung der jeweiligen Haushalte vorliegt. Mit solchen Parametern ist die Übertragbarkeit auf vergleichbare Landkreise im Bundesgebiet durchaus vorstellbar. Von zentraler Bedeutung ist auch die verbindliche Kooperation mit den öffent-

lichen Sozialleistungsträgern, dem Jobcenter und dem Kreissozialamt, die auch für die Gewährung der Darlehen zum Ausgleich von Mietschulden nach § 22 Abs. 8, 9 SGB II und § 36 SGB XII zuständig sind.

Zwischenzeitlich wurden die Fortführung des Projektes im Landkreis Lörrach durch den Kreistag und die Einrichtung eines zusätzlichen regionalen Schwerpunktes in Rheinfelden beschlossen. Diese Entscheidungen sind als Beleg für den regionalen Erfolg des Modellprojekts zu sehen. Ohne das vom Familienministerium (BMFSFJ) geförderte Modellprojekt wäre dies nicht möglich gewesen.

Es ist davon auszugehen, dass die Fortführung und Ausweitung des Projektes erhebliche finanzielle Einsparungen für Kommunen und des Sozialhilfeträgers mit sich bringen wird, da mit jeder Verhinderung von Obdachlosigkeit hohe Folgekosten im Bereich der ordnungs- und/oder sozialhilferechtlichen Unterbringung und Betreuung vermieden werden können. Der Blick auf die Kosten- und Nutzenrechnung untermauert diese Annahme. So beliefen sich die Kosten für jeden einzelnen Fall der Verhinderung von Obdachlosigkeit auf knapp 900 Euro, bezogen auf die Gesamtzeitraum in Höhe von 75 000 Euro für den Projektzeitraum. Die ordnungsrechtlichen Unterbringungskosten für die 84 Haushalte, deren Obdachlosigkeit verhindert werden konnte, würden den finanziellen Aufwand für die Fachstelle vermutlich um ein Vielfaches übersteigen (Dieckmann 2017, S. 5 ff.). In Anbetracht der bundesweiten Wohnungsknappheit wäre die regionale Implementierung von Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit in vergleichbaren Landkreisen äußerst begrüßenswert. Neben einer deutlichen Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus können Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung von Menschen in Wohnungsnot leisten.

**Prof. Dr. Süleyman Gögercin** (M.A.) ist Leiter des Studiengangs Soziale Arbeit und des Masterstudiengangs Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen. E-Mail: goegercin@dhbw-vs.de

**Stefan Heinz** (M.A.), Dipl.-Sozialarbeiter, ist Leiter der AGJ-Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach. E-Mail: stefan.heinz@agj-freiburg.de

Dieser Beitrag wurde in einer Double-Blind Peer Review begutachtet und am 14.7.2017 zur Veröffentlichung angenommen.

#### Literatur

**Busch-Geertsema**, V.; Evers, J.; Ruhstrat, E.-U.: Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Bremen 2014

**Busch-Geertsema**, V.; Evers, J.; Ruhstrat, E.-U.: Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins 2/2015, S. 65-72

**Dieckmann**, M.: Prävention in Zeiten der Wohnungsnot – Herausforderungen und innovative Konzepte. In: Wohnungslos 1/2017, S. 1 ff.

**GISS** – Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.: Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg. Untersuchung zu Umfang, Struktur und Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen. Bremen und Stuttgart 2015 ([https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Bericht\\_Wohnungslosigkeit\\_BW\\_GISS-Studie.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Bericht_Wohnungslosigkeit_BW_GISS-Studie.pdf); abgerufen am 19.4.2017)

## PRÄVENTIONSANGEBOTE FÜR KINDER PSYCHISCH ERKRANKTER ELTERN

Ergebnisse einer Lehrforschung zur Evaluation von Hilfeangeboten des Duisburger Netzwerks für Kinder psychisch erkrankter Eltern

*Michael Rehder; Marina Schlattmann;  
Kaja-Nina Hrabak; Ullrich Bauer*

**Zusammenfassung** | Kinder psychisch kranker Eltern haben ein erhöhtes Risiko, selbst eine psychische Erkrankung zu entwickeln. Das Duisburger Netzwerk für Kinder psychisch erkrankter Eltern der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) stellt zielgruppenspezifische Hilfsangebote und Kontakte bereit, durch welche die Lebensqualität der Familien mit einem psychisch erkrankten Elternteil und insbesondere die der betroffenen Kinder erhöht werden soll. Drei der Hilfeangebote werden hier vorgestellt und diskutiert.

**Abstract** | Children of mentally ill parents are at higher risk to develop a mental illness themselves. A local network for children of mentally ill parents in Duisburg, Germany, provides target-group-specific support and contacts who improve the quality of life of families with mentally ill parents and especially the affected children. Three of the supporting projects are presented and discussed in this article.

**Schlüsselwörter** ► psychische Krankheit  
► Kind ► Eltern ► Hilfe ► Beratung  
► Nordrhein-Westfalen

**1 Hintergrund** | Kinder psychisch kranker Eltern sind einer Vielzahl von Belastungsfaktoren ausgesetzt (Lenz 2005, 2014) und haben ein erhöhtes Risiko, selbst eine psychische Erkrankung zu entwickeln (Mattejat u.a. 2011). Andererseits gibt es einige Schutzfaktoren, die das Erkrankungsrisiko der Kinder mindern können (Griepenstroh u.a. 2012). Derzeit sind nur wenige Präventionsversuche für Kinder psychisch